

# Dresdner Neueste Nachrichten

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus 2,00 RM. einjährig 20,00 RM. monatlich 1,67 RM. (einschl. Postgebühren). Auslandsbezugspreise: Für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 10 Pf., außerhalb Groß-Dresden 15 Pf.

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundpreis: Als 10spaltige mm-Zeile im Normalformat 14 Pf., 6spaltige und private Familienanzeigen 6 Pf., bis 20 mm breite mm-Zeile im Tegeltell 1,50 RM. Nachtrag nach Maßstab 1 oder 2spaltig 8 Pf., 3spaltig für 30 Pf., 4spaltig 10 Pf., 5spaltig 12 Pf., 6spaltig 14 Pf., 7spaltig 16 Pf., 8spaltig 18 Pf., 9spaltig 20 Pf.

Schriftleitung, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandstraße 4  
Postanschrift: Dresden-A. 1. Postfach - Fernruf: Ostvertrieb Sammelnummer 24601, Fernverkehr 22981-22983 - Teleg.: Neueste Dresden - Berliner Schriftleitung: Berlin W. 35, Altrentenstr. 1a; Fernruf: Kurfürst 9361-9366  
Postfach: Dresden 2060 - Nichtverkaufte Exemplare werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt. - Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsere Leservereiner keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Originals

Nr. 289

Donnerstag, 12. Dezember 1935

43. Jahrgang

## Die Finanzierung der Wehrhaftmachung

Lebhafte Auseinandersetzungen in London - Vertrauensvotum des Reichstags für Baldschus - Die Flutkatastrophe in Griechenland

### „Deutsche Finanzpolitik“

Rede des Reichministers Graf Schwerin v. Krosigk

**× Berlin, 11. Dezember. (Durch Funkdruck)**  
Das Nehmen der Vortragsreihe „Die öffentliche Verwaltung im Dritten Reich“ sprach am Dienstag vor der Verwaltungskammer des Reichstags der Reichminister Graf Schwerin v. Krosigk über „Deutsche Finanzpolitik“. Der Minister konstatierte zunächst die katastrophale Lage, die der Nationalsozialismus 1933 auf dem Gebiet der Finanzpolitik vorand: keinerlei Mittel in den öffentlichen Haushalten und in der Privatwirtschaft, Produktions- und Verfalls- und schließlich der ungeheure wirtschaftliche und moralische Trud einer Armee von 6 Millionen Arbeitslosen. Der Minister schilderte dann im einzelnen die Maßnahmen der Reichs- und Landesregierungen, den konzentrierten Angriff auf die Arbeitslosigkeit, die Abfederung der Steuerpolitik, die Erziehung der öffentlichen Meinung, die Entwicklung des Schuldenstandes, die Unterbindung der noch nicht eingeleiteten und daher noch nicht öffentlich ausgewiesenen Arbeitsbeschaffung in den Jahren der Krise von 1930 bis 1933 um 3,7 Milliarden und in den 2½ Jahren des Aufbaues seit 1933 um 7 Milliarden geklärt zu sein. In den Jahren der Krise seien aber die aufgenommenen Kredite lediglich Teilschritte der öffentlichen Kreditwirtschaft, denen als die Maßnahme einer späteren Abfederung aus steigenden Einnahmen oder einer Befreiung des Haushalts nicht gegenübersteht. Die Verschuldung der Jahre nach 1933 dagegen sei

die Folge einer aktiven Konjunkturpolitik, die sich die sicheren Einnahmen, aus denen diese Kredite zurückgezahlt werden können, gesichert habe. Als weiteres Kennzeichen für die Aufwärtsentwicklung werden der Arbeitsbeschaffung bezeichnet der Redner die besonders erfolgreiche Zunahme des Gesamtanlassens der Reichsrenten, die sich von 1932 bis 1935 trotz der beträchtlichen Steuererleichterungen um 2½ Milliarden erhöht und damit eine

Verbilligung der Haushalte um 4 Milliarden ermöglicht hätten. Trotz dieser gewaltigen Steigerung habe jedoch der Reichshaushalt noch nicht ausgleichend werden können, und zwar wegen der Ausgaben für den Arbeitsdienst und die Wehrhaftmachung des deutschen Volkes. Aber trotz aller Sorgen, die sie uns bereiten, so rief der Minister unter kühnem Beifall aus, mühen wir doch die Ausgabebereitungen für Arbeitsdienst und Wehrmacht in unserem Etat nicht mifßen. Der Minister warf die Frage auf:

„Wie werden die Mittel für die neue deutsche Wehrmacht aufgebracht?“  
„Es liegt einfach“, so führte er aus, „die Ausnutzung einer durch die aktive Kreditpolitik geschaffenen wirtschaftlichen Lage vor, die es uns ermöglicht, auf diesem Wege in wirtschaftlichster Form fortzuführen. Die stärkere Überwindung und Abfederung auf dem Geldmarkt ermöglicht und immer wieder, daß wir die meisten Gelder für die Zwecke der öffentlichen Finanzierung herausgeben und je nach Lage der Arbeitslosigkeit dann durch Aufhebung von Steuern wieder mindern. Diesen Weg gehen wir seit 1933 geradezu, und wir haben durch diese Ausnutzung der wirtschaftlichen Verhältnisse die Arbeitsbeschaffung und die Wehrhaftmachung finanziert.“ Das deutsche Volk könne dem Führer für das gewaltige Werk der Wehrhaftmachung nicht danken, als das es unter Aufopferung von Verdienstmöglichkeiten aller Art

alle Kräfte zusammenlasse, um dieses Werk durchzuführen.  
Der Minister wendete sich mit scharfen Worten gegen die Auffassung, daß es in einer Zeit des Aufbaues „eine Quasobill Millionen Mark“ nicht ankomme. Im Gegenteil, es komme heute mehr denn je auf jeden Pfennig an. Wenn wir nicht tätig und gewandt seien, unsere Ausgabenpolitik so zusammenzufassen, daß wir im Hinblick auf die Erreichung des und geklärten großen Zieles jeden Pfennig umwenden, werde dieses Ziel nie erreicht werden. Weiter betonte der Minister, daß auch

die Sparpolitik des deutschen Volkes hineingestellt werden müsse in den Dienst der Wehrhaftmachung. Dies würde zur Folge haben, daß hier und da Verdienstmöglichkeiten, aber auch wirtschaftliche Vorteile und vielleicht Vermögensgüter, zurückgestellt werden müßten vor der Erreichung des großen Zieles.

### Einigung zwischen London und Paris

Laval und Eden reisen nach Genf zur Sitzung des Sanktionsausschusses

× London, 11. Dezember

Reuter bestätigte am Dienstagabend, daß über die Friedensbedingungen endgültig eine Einigung zwischen der britischen und der französischen Regierung erzielt worden ist.

Wie in politisch gut unterrichteten Pariser Kreisen in später Abendstunden am Dienstag bekannt wurde, wurde in der etwa drei Viertelstunden langen Besprechung, die Laval am Dienstagmittags mit Unterstaatssekretär Sir Robert Danforth und dem britischen Botschafter in Paris hatte, endgültig die Übereinstimmung zwischen der französischen und der britischen Regierung über die Formulierung der Bedingungen zur Beilegung des italienisch-abessinischen Streifalles festgelegt. Diese Formulierungen bilden auch den Inhalt der Vorschläge, die im Laufe der Nacht den Botschaftern bzw. Botschaftern Italiens und Abessinien übermittelt werden sollten. Wenn in London ursprünglich zunächst noch Einwände erhoben wurden, so betrafen sie nur Einzelheiten im Wortlaut. Es bleibe jetzt nach englischer Ansicht lediglich die Frage des Verfahrens offen, die bis zum Augenblick noch nicht vollkommen geklärt sei.

Laval, der am Mittwochabend nach Genf reist, werde im Laufe seiner Fahrt über bei seiner Ankunft darüber eine Besprechung mit Eden haben, der sich ebenfalls nach Genf begeben, um England im Abwehrmarsch vor zu vertreten. Wadbariaga werde sich im gleichen Zuge befinden. Somit würden die französischen und die englischen Minister Gelegenheit haben, sich mit dem Vorsitzenden des Sanktionsausschusses zu besprechen.

### Schwieriges Friedenswert

Ein Reuterbericht meldete in den späteren Abendstunden des gestrigen Dienstag die endgültige Annahme der in Paris zwischen Laval und Sir Samuel Hoare vereinbarten Friedensvorschläge durch das englische Kabinett. Zu Beginn der Unterhandlung am Montag hatte Premierminister Baldwin, der das Unterhaus in einer sehr freudigen und erregten Stimmung antrat, erklärt, die Verhandlungen seien noch im Gange, und was hierüber über den Inhalt der Vereinbarungen zwischen Laval und Hoare veröffentlicht worden sei, stelle eine „bedauerliche Indiskretion“ dar, die „eine schwierige und heikle Angelegenheit unvergleichlich schwieriger und heikler gemacht habe“.

1. Ein Gebietsaustausch, der beiden Seiten des bestimmten Vorteile bietet.  
2. Völkerverständigung für den unabhängig bleibenden Teil von Abessinien.  
3. Besondere Beziehungen für italienische Völker und eine italienische Kolonialgesellschaft.

Am Schluß der Debatte trat dann Premierminister Baldwin noch einmal in die Rede ein. Seine wesentlichen Ausführungen veröffentlichten wir an anderer Stelle. Aus den Reden Baldwin und Edens geht das Verlangen hervor, die in der englischen Öffentlichkeit durch die speziellen weitestgehenden Jugendschritte an Mussolini erhaltene Aufregung zu beklügeln. Dabei wird der Völkerbund als Schutzband benutzt und immer wieder betont, England und Frankreich hätten nach britischer Auffassung von sich aus nur „Antragungen“ an geben, die Entscheidung liege aber beim Völkerbund. Der britische Premierminister verteidigte sich mit großer Schärfe gegen die Auffassung der Opposition, die Regierung habe eine völlige Schwächung ihrer Politik vorgenommen. Er erklärte, England werde unter keinen Umständen weitergehen als der Völkerbund selbst, und der Völkerbund wieder sei keine britische Initiative, sondern eine Einigung, in der nicht weniger als 50 Nationen unter einen Dach gebracht werden müßten.

Dabei kamen aus der Rede einige sehr völkerbundkritische Töne heraus. So z. B. als Baldwin die Genfer Liga als eine „sehr menschliche Art der schärferen Ration“ bezeichnete. Gleichzeitig betonte der englische Premierminister die Wichtigkeit, die Unterhandlungslieber daran zu erinnern, daß die Diskussion keine leere Sache seien wie manche Leute dächten, sondern sehr schwerwiegende Komplikationen herbeiführen könnten.

Im ganzen liegen die Dinge so, daß sich England und Frankreich über den Inhalt der Friedensvorschläge einig sind und daß die Abänderungsverhältnisse, die vom englischen Kabinett gemacht wurden, lediglich Fragen der Prozedur betreffen. Während Frankreich die Vorschläge umschließt nur nach Rom weiterleiten wollte, behand England, formal an seiner bisherigen Politik schaltend, auf gleichzeitiger Verleugung in Rom, Addis Abeba und Genf.

In Paris ist man sehr hoffnungsvoll gesimmt und rechnet mit aller Sicherheit damit, daß Genf die Friedensvorschläge aufheben wird. In England dagegen ist man etwas anderer Meinung und glaubt, daß eine Ablehnung im Sanktionsausschuss des Völkerbundes sehr wohl möglich ist.

Unklar ist noch, ob die Diskussionen am morgigen 12. Dezember nun doch noch befristet oder ob der Termin wieder hinausgeschoben werden wird. In den „Times“ wird heute morgen erklärt, der sogenannte Augenblick für die Einsetzung der Völkerbundsanstalten könne erst kommen, wenn Italien seine militärischen Maßnahmen einstellt. Das dürfte sich aber wohl nur auf die bisher schon in Kraft befindlichen Sanktionen beziehen. Eine weitere Einsetzung der Sanktionen der Sanktionsanstalten erscheint im Augenblick als sehr wahrscheinlich, obwohl sich die Situation sehr rasch wandeln kann angesichts der Tatsache, daß der neue Friedensplan in der englischen Öffentlichkeit auf harten Widerstand stößt und von der Linken teilweise als „Vertrauen in Völkerverbund“ bezeichnet wird. Eden, der nicht hundertprozentig begeistert an sein Scheitern über das, was sein Kollege Hoare in Paris abmachte, wird sehr vorsichtig operieren müssen.

Aus Rom ist immer noch keinerlei Nachrichten vor, wie Mussolini die neuen Vorschläge aufgenommen hat. Man nimmt aber an, daß er sie zum mindesten als Verhandlungsgrundlage annehmen wird, ohne sich für sofort zu binden.

### Danik in Addis Abeba

In Erwartung eines Anfluges

× Addis Abeba, 11. Dezember. (Durch Funkdruck) In der Nacht zum Mittwoch trafen in Addis Abeba Nachrichten ein, die für die Morgenstunden des Mittwochens einen Bombenangriff der italienischen Flieger auf die Hauptstadt ankündigten.

Um 1/4 Uhr morgens begann die Räumung der Stadt durch die Bevölkerung. Zu Tausenden und aber Tausenden flüchteten die Einwohner in launen Höhlen und besetzten von Höhlenkammern in die Umgebungen von Addis Abeba und in die umliegenden Berge. Europaer und Araber wurden von der von Dank zu Dank gehenden Polizei an dem Schluß gewandt und aufgefordert, sich in

Sicherheit zu bringen. Allgemein hatte eine panische Stimmung Platz gegriffen. Die verfügbaren Kraftwagen wurden zu Treffern von 100 bis 200 Mark gemietet, um aus der bedrohten Stadt zu entkommen.

Um 10 Uhr vormittags war kein Anflug von Fliegern zu sehen. Man hält es jedoch nicht für unmöglich, daß er doch noch zu einem späteren Zeitpunkt durchgeföhrt wird. Im Laufe des Vormittags wurden die Höhlen in der Stadt wieder verlassen. In der ersten Aufregung hatten ungefähr 2000 Menschen Addis Abeba verlassen. Das Gesundheitsamt war bereits um 6 Uhr morgens von Tausenden umlagert, die dort Schutz zu finden wollten.

### Kommunistische Uebergriffe in New York

New York, 11. Dezember. (Durch Funkdruck)

Die zunehmende Arbeit, mit der amerikanische Kommunisten ihre Ziele verfolgen, wird durch einen Vorfall gekennzeichnet, der in der nationalen Presse einen Aufschrei hervorgebracht hat. Bei einer Massenversammlung in Madison Square Garden in New York wogten die Kommunisten, 25 rote Plakate zu setzen unter Aufsicht des Sanktionsausschusses. Man muß wissen, daß in den meisten Staaten der Union ein Gesetz besteht, das teilweise unter Androhung hoher Strafen, das Folgen einer anderen Platte ohne gleichzeitiges Plakate des Sanktionsausschusses verbietet.

Dieser neue Vorfall hat bewiesen, daß die New Yorker Kommunisten nicht einmal vor der Platte ihres eigenen Landes haltmachen. In der gesetzlich vorgeschriebenen Körperschaft des Staates New York haben daraufhin mehrere Gemeinderäte eine Weisung erlassen, die solche Plakate verbietet, gegen die die Platte ohne seinen Schutz gewährt, unzulässig machen soll.

### Wahl der schweizerischen Regierung

× Bern, 11. Dezember

Die vereinigten Bundesversammlung nahm, wie nach dem Parlamentsgesetz üblich, heute früh die Neuwahl der Bundesregierung vor. In den Wahlzügen erhielt Dr. Meyer 148 von 201 gültigen Stimmen und damit die höchste Stimmenzahl. Ihm folgt Bundesrat Borer. Die sozialdemokratischen Kandidaten traten nur 45 bzw. 50 Stimmen auf sich vereinigend. Der Präsident der Bundesregierung wurde für das Jahr 1936 Bundesrat Meyer gewählt, zum Vizepräsidenten Bundesrat Borer.

### Rücktrittsabsichten Hodzas?

× Prag, 11. Dezember. (Durch Funkdruck)

In Fragen parlamentarischen Reichens sind Nachrichten verbreitet, daß Ministerpräsident Hodza seinen Rücktritt angeboten habe, weil es innerhalb der Regierungsparteien bisher unmöglich gewesen sei, über wichtige innenpolitische Fragen einheitliche Entscheidungen herbeizuföhren. An amtlicher Stelle wird erklärt, daß die Berichte um einen Rücktritt des Ministerpräsidenten mindehens verfröhrt sind.